

Fiber for Future: Wie wir Deutschland mit der besten Infrastruktur nachhaltig digitalisieren

BREKO-Positionspapier zur Bundestagswahl 2021

Die Corona-Pandemie hat uns allen gezeigt: Deutschland muss in vielen Bereichen schneller und digitaler werden. Deutschland hat beispielsweise in der digitalen Bildung, bei der digitalen Verwaltung oder bei digitalen Gesundheitslösungen großen Nachholbedarf. Wir brauchen mehr Mut für den Einsatz digitaler Technologien als wichtige Problemlöser, um die größten Herausforderungen unserer Zeit, die Corona-Pandemie und die Klimakrise erfolgreich zu bewältigen, uns vor zukünftigen unvorhersehbaren Ereignissen zu wappnen und Deutschland zu einer echten Digitalnation zu machen.

Um das Potential der Digitalisierung auszuschöpfen und die Entwicklung innovativer Digitaldienste zu ermöglichen, **braucht Deutschland die beste digitale Infrastruktur. Das bedeutet: zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen.** Mit flächendeckenden Glasfasernetzen als Schlagadern der Digitalisierung stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen eine wichtige Grundlage für ein attraktives Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land.

Positiv ist: Die Weichen dafür sind gestellt. Der Glasfaserausbau in Deutschland hat deutlich an Fahrt aufgenommen und erreicht immer mehr Bürger:innen, Schulen, Unternehmen und weitere wichtige Einrichtungen. Damit wir beim Ausbau der Glasfasernetze aber noch mehr Tempo machen, brauchen wir neben realistischen Zielen neue Ideen und einen klaren Plan für die entscheidende Etappe des Ausbaus.

I. Geld allein baut keine Glasfasernetze – Wie wir den Ausbau wirklich beschleunigen

Ein flächendeckendes Glasfasernetz in Deutschland zu bauen kostet viel Geld und braucht Zeit. Die gute Nachricht ist: **An fehlenden Finanzmitteln wird der Ausbau nicht scheitern. Geld ist durch den Einstieg zahlreicher Investoren wie Pensionsfonds, Versicherern und Finanzinvestoren vorhanden.** In Zeiten von Niedrig- bzw. Nullzinsen bieten langfristige Investitionen in die digitale Infrastruktur solide Renditen. Allein die im BREKO organisierten Telekommunikationsunternehmen werden in den nächsten Jahren deutlich mehr als 20 Mrd. Euro in den Ausbau investieren.

Trotzdem setzt die Politik beim Ausbau weiter sehr stark und starr auf den Einsatz möglichst umfangreicher und breit gestreuter staatlicher Fördermittel. Die Erfahrungen mit Förderprogrammen haben aber gezeigt, dass die Umsetzung von geförderten Ausbauprojekten trotz einiger Vereinfachungen in der Abwicklung sehr viel länger dauert, als der Ausbau ohne Einsatz von Steuergeldern.

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen sind als Ergänzung zum selbst finanzierten Ausbau der Unternehmen sinnvoll, wenn die Internetversorgung der Bürger:innen besonders schlecht ist und die wirtschaftliche Grundlage für einen Glasfaserausbau auch in den nächsten Jahren fehlt. Diesen Bürger:innen eine Ausbauperspektive zu geben, heißt gleichzeitig auch digitale Teilhabe für alle aktiv zu gestalten. **Werden staatliche**

Fördermaßnahmen jedoch nicht zielgerichtet eingesetzt, treten sie in den Wettbewerb zum eigenwirtschaftlichen Ausbau um die ohnehin schon knappen Kapazitäten im Tiefbau und für Genehmigungsverfahren. Die künftige Bundesregierung sollte bei der Weiterentwicklung der Förderprogramme für den Glasfaserausbau diejenigen unterversorgten Gebiete priorisieren, die kein Unternehmen perspektivisch mit eigenen Finanzmitteln ausbauen wird. Damit wird der Glasfaserausbau beschleunigt und Steuermittel zielgerichtet eingesetzt.

Der eigenwirtschaftliche Ausbau kann deutlich schneller und effizienter umgesetzt werden als die bisher mit vielen Milliarden ausgestattete Ausbauförderung, denn diese ist aufgrund der damit verbundenen rechtlichen Vorgaben langwierig und mit vielen Herausforderungen verknüpft. **Wichtig ist es zudem, realistische Ausbaueiträume anzustreben und nicht umsetzbare Ankündigungen zu vermeiden.** Diese beschleunigen den Glasfaserausbau nicht und führen zur Unzufriedenheit der Bürger:innen. Eine langfristige Ausbauperspektive ist auch ein wichtiges Signal an die Baubranche, damit diese sich in deutlich stärkerem Maße im Glasfaserausbau engagiert und Investitionen in die dafür notwendigen Geräte tätigt.

Dort, wo die Nachfrage der Bürger:innen groß ist, schreitet der Glasfaserausbau schnell voran. In Gebieten, in denen der Ausbau knapp an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit scheitert, weil zu wenige Haushalte und Unternehmen bereit sind, auf Glasfaser zu wechseln, wird eine **Glasfaser-Prämie** schnell und unbürokratisch Anreize für eine höhere Nachfrage schaffen, indem sie zum Beispiel einen Teil der Kosten für den Glasfaseranschluss des Gebäudes, des Internetvertrags oder der Glasfaserverkabelung im Gebäude subventioniert. Diese Möglichkeit, welche in anderen

EU-Staaten bereits genutzt wird, hilft mit überschaubarem Einsatz von Steuergeldern dabei, den Glasfaserausbau zu beschleunigen.

II. Gesetzliche Vorgaben vor Ort umsetzen

Die gesetzlichen Weichen für den weiteren Glasfaserausbau sind durch das neue Telekommunikationsmodernisierungsgesetz gestellt, das im Dezember dieses Jahres in Kraft treten wird. Das neue Gesetz nutzt zwar nicht alle Möglichkeiten zur Ausbaubeschleunigung, es enthält aber einige Ansätze für einen schnelleren Ausbau. **Einfache und digitale Genehmigungsverfahren ermöglichen bessere Ausbauplanungen und eine sinnvolle Verteilung der bestehenden Ressourcen.** Mit modernen Verlegeverfahren lassen sich nicht nur in gleicher Bauzeit deutlich mehr Haushalte ans Glasfasernetz anschließen als im konventionellen Tiefbau. Die Verfahren sind aufgrund der geringen Eingriffsintensität und dem damit verbundenen niedrigeren Materialeinsatz auch ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit.

Entscheidend für den Ausbauerfolg ist aber, dass die gesetzlichen Regelungen auch in den Verwaltungen vor Ort präsent sind und konsequent umgesetzt werden.

Zusätzlich geht von einer Normierung moderner und in der Praxis bewährter Verlegeverfahren, die längst keine Nischenverfahren mehr sind, ein wichtiger Impuls für eine noch stärkere Akzeptanz aus. Die Normierungsbestrebungen sind dabei auf eine Beschleunigung des Ausbaus auszurichten.

Wichtig ist, dass sich neben den Telekommunikationsunternehmen auch die Bauindustrie und die Verwaltungen ihrer Verantwortung für eine maximale Beschleunigung der Verwaltungsverfahren und des Ausbaus bewusst sind und alle bestehenden Möglichkeiten dafür unterstützend

einsetzen und nutzen. Mit einem „weiter so“ und dem Festhalten an bekannten Strukturen und Ausbaulösungen kommt Deutschland nicht schneller voran. Dass es anders geht, zeigen Länder wie Spanien, Portugal oder Frankreich, in denen der Ausbau deutlich schneller läuft.

III. Staatliche Ausbaupflichtungen bremsen den Glasfaserausbau

Staatliche Versorgungs- und Ausbaupflichtungen beim Glasfaserausbau, wie sie teilweise gefordert werden, sind kein geeignetes Mittel zur Beschleunigung des Ausbaus.

Das liegt zum einen daran, dass die Ausgangssituation im Glasfaserausbau eine völlig andere ist als im Mobilfunk, wo Versorgungsaufgaben und Ausbaupflichtungen seit vielen Jahren Anwendung finden. Im Mobilfunkausbau ist dies auch berechtigt, weil der Wettbewerbsdruck bei nur vier Mobilfunknetzbetreibern sehr begrenzt ist. Hinzu kommt, dass im Mobilfunkbereich exklusive Frequenznutzungsrechte vergeben werden. Beim Blick auf die im Glasfaserausbau in Deutschland tätigen Unternehmen stellt sich die Wettbewerbssituation jedoch ganz anders dar. Hier stehen deutlich mehr als 200 Telekommunikationsunternehmen im Wettbewerb um die Kunden. **Es wäre geradezu grotesk, jetzt, wo der Glasfaserausbau in Zahlen messbar Fahrt aufgenommen hat und durch den Druck der Wettbewerber auch die Deutsche Telekom in den Glasfaserausbau investiert, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.** Dies würde den Ausbau in Deutschland zurückwerfen und ein fatales Signal an interessierte Infrastruktur-Investoren senden, die für ihre Investitionsentscheidungen eine verlässliche Planung benötigen.

Ausbaupflichtungen führen auch zu einem Ausbau, der nicht dem Bedarf der Bürger:innen

entspricht. Sollten Unternehmen zu einem Ausbau in bestimmten Gebieten verpflichtet werden, müssten andere Ausbauprojekte, bei denen eine hohe Nachfrage besteht, verschoben werden und die davon betroffenen Bürger:innen und Unternehmen müssten länger auf einen Anschluss ans Glasfasernetz warten. Die Umsetzung des im Koalitionsvertrag 2017 verankerten sogenannten „Rechts auf schnelles Internet“ hat gezeigt, dass mit staatlichen Verpflichtungsinstrumenten Verwirrung und Unruhe entsteht, aber keine Ausbaubeschleunigung erzeugt werden kann.

Kurzum: Mit dem klaren Vorrang des eigenwirtschaftlichen Ausbaus im Wettbewerb, flankiert und ergänzt von dosierter Förderung, kommt Deutschland am schnellsten zum flächendeckenden Glasfaserausbau.

Der deutsche Telekommunikationsmarkt ist geprägt von einer hohen Zahl an Unternehmen, die Glasfaser-Ausbauprojekte umsetzen und den Ausbau so schnell wie möglich voranbringen wollen. Dennoch gibt es limitierende Faktoren wie ein Mangel an Tiefbaukapazitäten und Fachkräften, die es in den nächsten Jahren zu überwinden gilt und bei denen die Politik unterstützen muss. Hinzu kommen Lieferengpässe bei Kabeln, Rohren und Halbleitern, die nicht kurzfristig zu beheben sind und Einfluss auf das Ausbautempo haben werden.

Darüber hinaus ist auch klar und dies sollte auch so kommuniziert werden: **Der Ausbau kann nicht überall zur gleichen Zeit und im gleichen Tempo vorankommen.** Auch Förderprogramme stoßen an Grenzen. Um dennoch allen Bürger:innen die digitale Teilhabe schnell zu ermöglichen, kann in besonders schwer anzuschließenden Gebieten auch Internet über Satellit oder via Richtfunk helfen, um die Zeit bis zum Glasfaserausbau zu überbrücken.

IV. Wo Glasfaser draufsteht, muss auch Glasfaser drin sein

Wir sollten Schluss damit machen, von Gigabit oder Gigabitnetzen zu sprechen. Deutschland braucht flächendeckend eine zukunftssichere digitale Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte, unabhängig von Bandbreiten. Die Glasfaser ist dabei die digitale Infrastruktur für die Anforderungen von heute, morgen und übermorgen.

Mit Bezeichnungen wie „hybride Glasfasernetze“, „glasfaserbasierte Gigabitnetze“ oder „Coax-Glasfaser“ werben Unternehmen in Deutschland aktuell um die Gunst der Verbraucher:innen. Diese Begriffe haben eines gemeinsam: Die damit beworbenen Produkte suggerieren, dass es sich dabei um einen Glasfaseranschluss handelt und wiegen die Eigentümer:innen und Mieter:innen in dem Irrglauben, über einen zukunftssicheren Anschluss zu verfügen.

Damit muss Schluss sein. Um für mehr Ehrlichkeit und Transparenz zu sorgen und den Verbraucher:innen den Überblick und die Auswahlentscheidung zu erleichtern, sollte **ein Glasfaser-Label analog des EU-Energielabels eingeführt werden**, welches wir von vielen Produkten bereits kennen. Dies erhöht das Verständnis der Bevölkerung hinsichtlich der Vorteile von Glasfasernetzen sowie deren Akzeptanz und trägt dazu bei die Nachfrage zu steigern.

V. Glasfaserausbau für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Glasfasernetze sind Kernbestandteil einer energieeffizienten und nachhaltigen digitalen Infra-

struktur und ein Fundament für die Digitalisierung. Sie verbrauchen im laufenden Betrieb bis zu siebzehnmal weniger Energie als herkömmliche Kupfernetze.¹ Bei einer flächendeckenden Glasfaserversorgung aller Haushalte lassen sich so bis zu 240 Megawatt einsparen. Zum Vergleich: Ein Kohle-Kraftwerk erreicht eine Leistung von 100 – 1.000 Megawatt.

Dass die Glasfaser die klimafreundlichste Art der Datenübertragung ist, zeigt auch eine Untersuchung des Umweltbundesamtes:² Eine Stunde Videostreaming über Glasfasernetze produziert 2 Gramm CO₂. Bei kupferbasierten Netzen verdoppelt sich der CO₂-Ausstoß, bei Mobilfunk über 4G und 5G liegt er noch höher. Deshalb ist es auch klimapolitisch wichtig, schnell einen klaren Fahrplan für den Übergang von den noch bestehenden Kupfernetzen auf Glasfasernetze zu erarbeiten und umzusetzen.

Auch der Finanzmarkt ist sich dieses Nachhaltigkeits-Vorteils der Glasfaserinfrastruktur bewusst. So werden **Investitionen in Glasfasernetze als nachhaltiges Investment** geführt und erfreuen sich sehr großem Interesse.

Die Technologien für Ressourceneffizienz, die auf einer hochleistungsfähigen digitalen Infrastruktur aufbauen, finden in allen Sektoren Anwendung und liefern neben wirtschaftlichen Chancen auch positive Beiträge für Mensch und Umwelt. Egal ob Homeoffice, Videokonferenzen, medizinische Versorgung, Verkehrssteuerung, Energiemanagement oder Landwirtschaft: Der

digitale Datenaustausch ermöglicht eine stärkere Unabhängigkeit von materiellen Gütern. Das führt zu geringerem Materialverbrauch, relativer

¹ Gutachten der Technischen Hochschule Mittelhessen: <https://www.brekoverband.de/aktuelles/news/position-hintergrund/gutachten-nachhaltigkeitsvergleich-von-ftth-und-fttc/>.

² https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/factsheet_klimawirkung_video-streaming.pdf.

Ortsunabhängigkeit und damit zu weniger Transport- und Verkehrswegen. Hier durch sinken wiederum CO2-Emissionen.

VI: Digitalministerium ja – aber auf die Ausgestaltung kommt es an

Deutschland braucht ein Ministerium für die digitale Transformation. Dabei ist die **klare Zuweisung von Themen mit übergeordneter Bedeutung** für alle Bereiche der Digitalisierung, die bislang auf verschiedene Ministerien verteilt sind, ganz besonders wichtig. Dazu gehören **digitale Infrastruktur, IT-Sicherheit, Verwaltungsmodernisierung, der Einsatz künstlicher Intelligenz, Quantencomputing** sowie das frühzeitige Erkennen von zukunftssträchtigen Innovationen.

Nicht zielführend wäre es, digitale Kompetenzen aus den einzelnen Fachministerien herauszulösen. Ein Beispiel: Digitale Gesundheitsanwendungen müssen weiter im Gesundheitsministerium vorangetrieben werden. Jedes einzelne Ministerium ist also zugleich auch ein Digitalministerium. Um eine einheitliche Digitalpolitik der Bundesregierung sicherzustellen, könnte aber ein Vetorecht des neuen Ministeriums bei zentralen Digitalthemen sinnvoll sein.

Neben einer klaren Aufgabenzuweisung muss das neue Ministerium und seine nachgeordneten Behörden mit entsprechenden **personellen Ressourcen** ausgestattet werden, um eigene Fachkenntnisse auf- und auszubauen, anstatt diese von externen Beratern einzukaufen. Hilfreich könnte auch der **Aufbau eines dem Ministerium zugeordneten, ergänzenden „Think Tanks“** sein. Diese Kompetenzstelle könnte Umsetzungs-ideen entwickeln, das Ministerium bei der Umsetzung beraten und die übergeordneten Digital-

Themen auch in die Kommunen und Verwaltungen vor Ort tragen und darüber praxisgerecht informieren.

Mit der Schaffung eines neuen Ressorts ist es jedoch nicht getan. Zudem schlagen wir vor, im Deutschen Bundestag einen **federführenden Ausschuss für die Digitalpolitik** einzurichten, der die im neuen Digitalministerium gebündelten Kompetenzen spiegelt. Zudem sind auch alle anderen Ministerien mit entsprechenden digitalen Kompetenzen auszustatten.

Und: Jede:r Politiker:in sollte sich selbst auch als Digitalpolitiker:in verstehen, da Digitalpolitik alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche betrifft.

VII. Regionaler Glasfaserausbau ist gelebte digitale Souveränität

Die in Deutschland bereits vorhandenen und zukünftig entstehenden regionalen Glasfasernetze sind ein **Garant für die Verbesserung digitaler Souveränität in Deutschland**. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland den beim Glasfaserausbau jetzt eingeschlagenen Weg fortsetzt. Durch die Verbindung von Glasfasernetzen und regionalen Rechenzentren schaffen wir eine sichere und vernetzte Dateninfrastruktur, die gleichzeitig die Entstehung von Innovationen fördert. Fiber for Future bedeutet nicht nur die Schaffung einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur, sondern auch den souveränen Austausch von Daten und Datensicherheit.

VIII. Fazit

Deutschland braucht mehr Mut und Entschlossenheit auf allen politischen Ebenen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Insbesondere bei

der Verwaltungsmodernisierung sollte eine einheitliche Linie von Bund, Ländern und Kommunen verfolgt werden. Beim Glasfaserausbau hat Deutschland im europäischen Vergleich die Aufholjagd längst gestartet und liegt bei der Dynamik mittlerweile unter den Top 5. Weitere staatliche Eingriffe in den funktionierenden Wettbewerb würden das Tempo im Ausbau bremsen. Stattdessen sollten realistische Ausbauziele formuliert und alle Potenziale für einen möglichst schnellen Glasfaserausbau genutzt werden.

Berlin, Juni 2021